



POSITIONEN DER SPD HANNOVER IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK

Hannover heißt Flüchtlinge willkommen!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg sind über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg und Terror, Menschenrechtsverletzungen und Hunger. Wer sich mit kleinen Kindern, alten Menschen und schwangeren Frauen zu uns aufmacht, hat zuvor oft grauenvolle Dinge erlebt und sich auf der Suche nach Sicherheit auf einen langen und gefährvollen Weg nach Europa begeben. Angesichts der jüngsten Entwicklungen werden bis zum Jahresende wohl über 7.000 Menschen nach Hannover kommen. Das ist zweifelsfrei eine große Herausforderung, die es zu meistern gilt.



Hannover heißt Flüchtlinge willkommen!

Die Hoffnung auf ein besseres Leben ist auch die Hoffnung, gut aufgenommen zu werden, Solidarität und Mitgefühl zu erfahren und Hilfe zu bekommen. Diesen Menschen zu helfen, ist ein Gebot der Menschlichkeit.

Doch die Menschen in Hannover tun noch viel mehr: Sie leben eine großartige Willkommenskultur, und unsere BezirksbürgermeisterInnen stehen geschlossen hinter ihnen. Vielerorts bilden sich Unterstützerkreise, in denen die Menschen sich ehrenamtlich um die BewohnerInnen der Flüchtlingsheime in ihrer Nachbarschaft kümmern. Darüber hinaus hat sich im Jahr 2013 stadtweit der Verein „Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover“ gegründet, dessen Arbeit den Grundstein für die vielfältige praktische und konkrete Hilfe vor Ort in den Heimen legte. Die Stadtverwaltung stellt Ihre enorme Leistungsfähigkeit unter Beweis und ist immer wieder auch kurzfristig in der Lage, die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Für uns als SPD gilt deshalb in aller Deutlichkeit: Hannover stellt sich der Herausforderung – und wir werden sie gemeinsam meistern.

Solidarische Stadtgesellschaft

Die SPD Hannover begrüßt die umfassende Hilfsbereitschaft der HannoveranerInnen in dieser Zeit und dankt ihnen dafür. Wir stellen die Weichen dafür, die Willkommensinitiativen in der Stadt zu unterstützen, wo wir können. Wir beweisen in unserer Stadt Solidarität mit den Flüchtlingen – aber wir brauchen diese Solidarität auch untereinander. Es ist unser Anspruch, die Unterkünfte gleichmäßig auf das gesamte Stadtgebiet zu verteilen. Ein gegenseitiges Ausspielen der Stadtteile untereinander kommt für uns nicht in Frage.

Und wir sehen die Chancen, die sich uns allen nun eröffnen: Auch wenn unsere gewohnte Umgebung sich durch äußere Umstände verändert, gelingt es uns trotzdem mehr aufeinander zu achten. Die Menschen, die zu uns kommen, mögen uns zunächst fremd sein, doch wir erfahren, dass sie unser Leben bereichern: mit ihrer Hoffnung, mit ihren Prägungen und Erfahrungen, ihrer Bildung und Kultur.

Wir halten an den Qualitätskriterien für die Unterbringung fest

Für die Unterbringung bewirtschaftet die Landeshauptstadt 17 Flüchtlingswohnheime, vier Wohnprojekte und ca. 240 Wohnungen. Dazu kommen noch Notunterkünfte in acht Sporthallen, am Klinikum Siloah, im Oststadtkrankenhaus und anderswo. In Vorbereitung sind 16 weitere Flüchtlingswohnheime, die aus sog. Modulbauten bestehen werden.

In Hannover gilt schon seit 2013 ein Kriterienkatalog, der die Unterbringung von Flüchtlingen regelt. Danach werden Aussiedler und ausländische Flüchtlinge in Wohnungen, Wohngruppen und Wohnheimen untergebracht. Hierfür wurden

soziale Standards erarbeitet und die notwendige Zahl an Betreuungskräften festgelegt. Mit der Unterbringung in Notunterkünften reagiert die Stadtverwaltung auf die schnell gestiegene Anzahl der Flüchtlinge. Von den sozialen Standards wird jedoch nicht abgewichen – daran halten wir fest. So betreuen in den Wohnheimen 1 ½ Stellen für Sozialarbeit 50 und in den Wohnprojekten eine Stelle 60 BewohnerInnen. Die Wohnfläche soll 10 qm pro Person betragen.

Die Flüchtlinge von heute sind unsere Nachbarn von morgen

Neben den Hauptamtlichen, den SozialarbeiterInnen in den Flüchtlingsheimen und dem Integrationsmanagement der Stadt, sind es vor allem die ehrenamtlichen Kräfte, die gemeinsam mit den BezirksbürgermeisterInnen die Menschen in ihrer schwierigen Situation unterstützen, damit sie sich in Hannover aufgenommen fühlen. Wir hoffen, dass wir den Flüchtlingen eine Bleibeperspektive bieten können. Sie werden unsere Nachbarn werden.

Sprachkurse für alle Flüchtlinge sollen Grundkenntnisse zur Alltagsbewältigung vermitteln. Darüber hinaus wollen wir längerfristig „Ankommenskurse“ für alle BewohnerInnen von Flüchtlingswohnheimen einrichten. Für Kinderbetreuung wird gesorgt, Flüchtlinge haben ein Anrecht auf einen Kitaplatz, und Flüchtlingskinder nehmen selbstverständlich am Schulunterricht teil. Sprachlernklassen helfen ihnen, schnell Deutsch zu lernen und dem regulären Unterricht zu folgen. Damit erleichtern die Kinder auch ihren Eltern den Zugang zur deutschen Sprache.

Zudem gibt es Alphabetisierungskurse, professionelle Sprach- oder Aufbaukurse. Erste Sprachkenntnisse werden in vielen Wohnheimen auch von Ehrenamtlichen vermittelt. Die Landeshauptstadt Hannover unterstützt diese Kurse durch die Bereitstellung von Unterrichtsmaterial sowie durch Zuwendungen.

Auch die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt muss erleichtert werden. Die SPD Hannover begrüßt die Initiative des Landes, den Zugang für Asylsuchende in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. In Kooperation mit der städtischen Beschäftigungsförderung wird seit Anfang 2015 ein freiwilliges Beschäftigungsprojekt für Flüchtlinge durchgeführt. Gemeinsam mit Handwerk und Handel, der Region Hannover, der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter wird nach Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge gesucht.

Wir fordern Solidarität auch in Europa, im Bund und im Land

Gemeinsam helfen wir, wo wir können. Mit dabei sind die BürgerInnen, Unterstützerkreise, Initiativen, Vereine, Institutionen und Verbände aus verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Deshalb erwarten wir, dass auch in

Europa, im Bund und in Niedersachsen die Weichen noch viel stärker in Richtung einer modernen Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik gestellt werden.

Als stärkste Partei in der Landeshauptstadt richten wir uns deshalb an die Europäische Union. Wir erwarten von ihr eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge sowie eine Außen- und Wirtschaftspolitik, die die Ursachen für Flucht und Vertreibung vor Ort in den Herkunftsländern bekämpft.

Vom Bund erwarten wir ein modernes Einwanderungsgesetz, das nicht abwehrt, sondern Chancen eröffnet: um am Arbeitsmarkt, an Bildung und Ausbildung wie auch am gesellschaftlichen Leben insgesamt teilzuhaben. Der Bund muss deutlich mehr finanzielle Mittel bereitstellen, damit die Flüchtlinge und Asylsuchenden schnell und menschenwürdig untergebracht und ihre Anerkennungsverfahren erheblich verkürzt werden können. Mit Immobilien, personellen und technischen Kapazitäten muss der Bund bei der menschenwürdigen Unterbringung mithelfen. Schließlich benötigen wir ein umfassendes Wohnungsbauförderprogramm, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, sowohl für die bereits heimische Bevölkerung als auch für Zuwandernde.

Vom Land erwarten wir frühzeitige Informationen über die Menschen, die zu uns kommen, damit die Städte und Gemeinden sich besser auf die zugewiesenen Flüchtlinge vorbereiten können. Um die Integration zu erleichtern, bedarf es weiterer personeller und finanzieller Mittel zum Spracherwerb und für die sozialpsychologische Betreuung. Auch muss das Land die zügige und unbürokratische Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge sicherstellen. Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten, soll das Land die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge und Asylsuchenden und für die ersten Integrationsmaßnahmen schnellstmöglich und vollständig erstatten.

Wir wissen:

Es ist noch viel zu tun, aber wir haben das immer wieder geschafft: Vor 70 Jahren, in den folgenden Jahrzehnten und in den letzten Wochen und Monaten haben die Menschen in unserer Stadt immer wieder Tausende Flüchtlinge aufgenommen. Aus dieser Erfahrung und angesichts dessen, wie in Hannover Willkommenskultur gelebt wird, sind wir uns als SPD sicher:

Gemeinsam schaffen wir das – als solidarische Stadtgesellschaft heißen wir in Hannover Flüchtlinge willkommen!

Herausgeberin:

SPD-Ratsfraktion Hannover | Friedrichswall 15 | 30159 Hannover
fon: (0511) 168-4 53 10 | fax: (0511) 168-4 36 24
mail: spd@hannover-stadt.de | www.spd-ratsfraktion-hannover.de
Fotos: SPD-Ratsfraktion Hannover | Druck: SPD-Bezirk Hannover
Stand: 15. September 2015

